

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 4. Dezember 2013

1107.

Dringliche Schriftliche Anfrage von Ursula Uttinger und 43 Mitunterzeichnenden betreffend Abhöraktionen der NSA, Risiken für den Finanzplatz und die Stadtverwaltung Zürich sowie mögliche Konsequenzen und Massnahmen

Am 6. November 2013 reichten Gemeinderätin Ursula Uttinger (FDP) und 43 Mitunterzeichnende folgende Dringliche Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2013/381, ein:

Mehrere Medien vermuten, dass die USA auch aus dem Zürcher Konsulat Abhöranlagen betrieben haben. Dabei ist anzunehmen, dass sie vor allem an Informationen über den Finanzplatz interessiert waren. Daneben wäre es naiv anzunehmen, dass andere Staaten nicht ähnliche Nachrichtenbeschaffung betreiben würden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch schätzt der Stadtrat das Risiko ein, dass auch die Telefone und die elektronische Korrespondenz von natürlichen und juristischen Personen sowie Behörden in der Stadt Zürich abgehört worden sind und werden?
2. Ist es möglich, mit technischen Stör-Installationen das Abfangen von Daten zu unterbinden oder zumindest zu erschweren? Wenn ja, was wird in der Stadt Zürich diesbezüglich unternommen?
3. Ist sichergestellt, dass keinerlei Daten von der Stadtpolizei Zürich an ausländische Geheimdienste weitergeleitet werden – auch nicht über die Nachrichtendienste des Bundes?
4. Welchen Schaden sieht der Stadtrat für den Finanzplatz Zürich wegen der möglichen Abhöraktion durch die NSA?
5. Welche Konsequenzen zieht der Stadtrat aus der NSA-Affäre?
6. Was rät der Stadtrat den Einwohnerinnen und Einwohnern, die sich vor Fremdzugriffen schützen möchten? Ist im Rahmen von e-Zürich angedacht, die Sicherheitsfrage mit Unternehmen oder Privatpersonen zu diskutieren?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 («Wie hoch schätzt der Stadtrat das Risiko ein, dass auch die Telefone und die elektronische Korrespondenz von natürlichen und juristischen Personen sowie Behörden in der Stadt Zürich abgehört worden sind und werden?»):

Der Stadtrat kann die in den Medien formulierten Vermutungen, dass auch in der Stadt Zürich Personen oder Organisationen abgehört werden oder wurden, nicht bestätigen. Dass natürliche und juristische Personen sowie kommunale Behörden Ziel von spezialisierten Attacken werden oder geworden sind, kann aber nicht ausgeschlossen werden.

Zu Frage 2 («Ist es möglich, mit technischen Stör-Installationen das Abfangen von Daten zu unterbinden oder zumindest zu erschweren? Wenn ja, was wird in der Stadt Zürich diesbezüglich unternommen?»):

Das Abhören von normalen Mobiltelefonen ist grundsätzlich ohne grösseren Aufwand möglich. Mittelfristig ist die Nutzung von verschlüsselter VoIP-Telefonie über das Mobilfunknetz eine gute Alternative, da zumindest der Übertragungsinhalt gut gesichert ist. Die entsprechende Basisinfrastruktur ist bei der Stadtverwaltung Zürich geschaffen, die Realisierung der verschlüsselten Kommunikation aber zurzeit noch nicht geplant. Für die Polizei ist die Nutzung des Polycom-Funks eine relativ sichere Alternative.

Im Bereich IT-Ressourcen bietet die Nutzung von internen Netzen im Vergleich zu öffentlichen Netzen einen gewissen Schutz. Ein Abhören kann nicht direkt erfolgen, sondern erst durch die vorgängige Infiltration der vorhandenen Systeme mit einer entsprechenden «Malware» oder einer modifizierten Hardware.

Zu Frage 3 («Ist sichergestellt, dass keinerlei Daten von der Stadtpolizei Zürich an ausländische Geheimdienste weitergeleitet werden – auch nicht über die Nachrichtendienste des Bundes?»):

Die Stadtpolizei Zürich meldet gemäss Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) sowie der dazu gehörenden Verordnung (VWIS) dem Nachrichtendienst des Bundes relevante Daten über ein gesichertes Datensystem des Bundes. Es erfolgt keine Weiterleitung von Daten irgendwelcher Art an Geheimdienste durch die Stadtpolizei. Ob der Nachrichtendienst des Bundes Informationen an Geheimdienste weitergibt, ist der Stadtpolizei Zürich nicht bekannt. Die Überwachung des Nachrichtendienstes liegt bei den Bundesbehörden.

Zu Frage 4 («Welchen Schaden sieht der Stadtrat für den Finanzplatz Zürich wegen der möglichen Abhöraktion durch die NSA?»):

Allfällige Abhöraktionen würden in der Einschätzung des Stadtrats zu einem Vertrauensverlust der Kundinnen und Kunden gegenüber dem Finanzplatz Zürich führen und für die hier ansässigen Finanzinstitute eine zusätzliche Herausforderung bedeuten, um Geschäfts- sowie Kundinnen- und Kundendaten zu schützen.

Zu Frage 5 («Welche Konsequenzen zieht der Stadtrat aus der NSA-Affäre?»):

Für die Gewährleistung des Datenschutzes und der Informationssicherheit setzt der Stadtrat seit Jahren auf den Unterhalt einer technologisch hochstehenden IT-Security-Infrastruktur und auf die gezielte Schulung des Personals im Umgang mit Informationen und kritischen Systemen.

Zu Frage 6 («Was rät der Stadtrat den Einwohnerinnen und Einwohnern, die sich vor Fremdzugriffen schützen möchten? Ist im Rahmen von e-Zürich angedacht, die Sicherheitsfrage mit Unternehmen oder Privatpersonen zu diskutieren?»):

Einen absoluten Schutz gegen Übergriffe auf die Privatsphäre gibt es nicht. Informationen, die über das Internet übermittelt werden, können in falsche Hände geraten. Um die Hürden für eine Ausspähung möglichst hoch zu legen, rät der Stadtrat den Nutzenden, im Minimum die allgemein bekannten Schutzmassnahmen konsequent einzuhalten. Dazu gehören insbesondere

- die Verwendung von komplexen Passwörtern und deren Geheimhaltung,
- der Einsatz von Verschlüsselungstechnologien bei der Übertragung und Speicherung von sensitiven Daten,
- der technische Schutz von Endgeräten vor Sicherheitslücken und böartigen Programmen (Einspielen von Sicherheitsaktualisierungen, Einsatz von Firewalls, Nutzen von «Malware»-Schutzprogrammen usw.),
- die sorgfältige Konfiguration der Datenschutz- und Privatsphäreneinstellungen von Internetbrowsern und Benutzerprofilen von Suchmaschinen und sozialen Netzen.

Im Rahmen von e-Zürich sind in diesem Kontext keine konkreten Massnahmen vorgesehen.

Vor dem Stadtrat
die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cucho-Curti